

**Zeitschrift:** Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung  
**Herausgeber:** Schweizerische Friedensgesellschaft  
**Band:** - (1913)  
**Heft:** 11-12

**Rubrik:** Pazifistische Rundschau

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

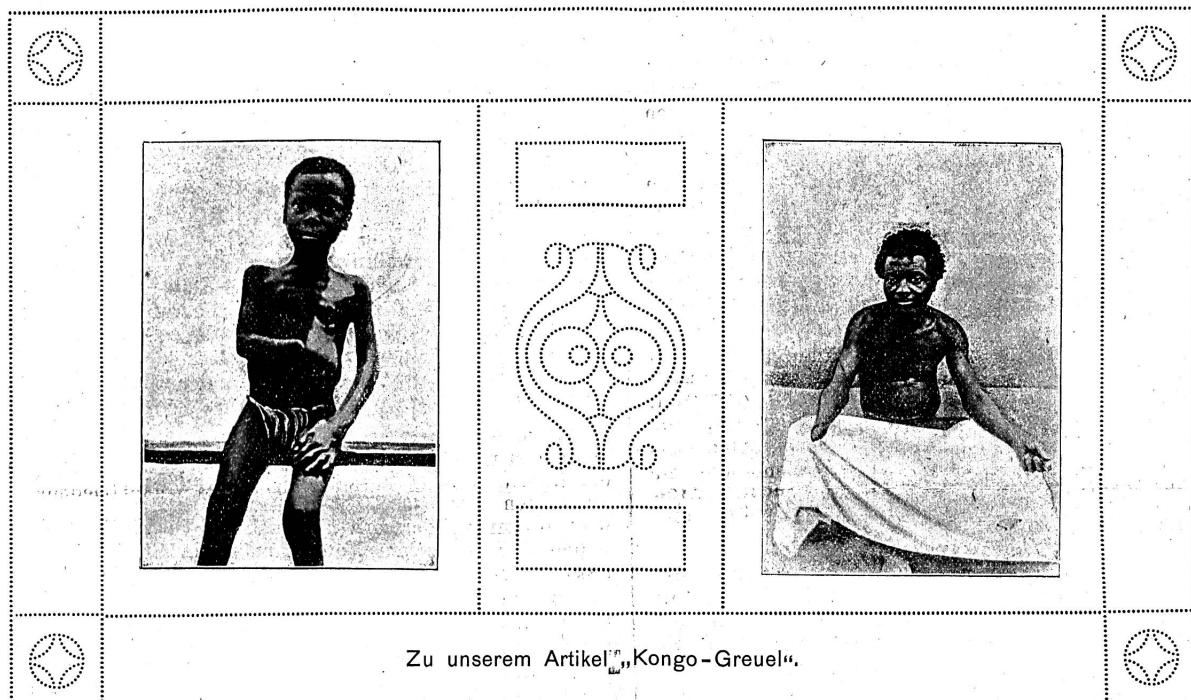
Abir, einer der berüchtigtesten Konzessionsgesellschaften, an deren Gewinn der Staat zur Hälfte beteiligt war. Sie gehörten zu den ersten, welche mit Gefahr für Freiheit und Leben Leopolds System der äussersten Ausbeutung des Kongo und die daraus fast unvermeidlich hervorgehenden Grausamkeiten zur öffentlichen Kenntnis brachten. Alle beide bezeugten dies im Jahre 1905 vor der Untersuchungskommission, welche unter dem Druck der öffentlichen Meinung König Leopold in den Kongo geschickt hatte und zu welcher auch der schweizerische Jurist Herr von Schumacher gehörte. Die Kommission hielt 14 Sitzungen in Baringa und nahm die Zeugenaussagen der Missionare und zahlreicher Schwarzen entgegen.

Frau Harris hatte den Mut, in voller Schreckens-

Zweck einer Untersuchung über den Wert der im Kongo eingeführten Verbesserungen, sowie die Lage der Arbeiter in ganz Westafrika, an der Sierra-Leone-Küste, im südlichen Nigergebiete, im Togo, Angola, auf St. Thomé und Principe.

Die Bilder sind uns in freundlicher Weise von der Liga zur Verfügung gestellt worden, und wir benützen gerne den Anlass, um unsere Leser auf diese Gesellschaft, die so ganz im Sinne des Pazifismus arbeitet, aufmerksam zu machen. Der Minimal-Jahresbeitrag beträgt 2 Fr. Anmeldungen zum Beitritt sind zu richten an Herrn E. Mercier-Glardon, 57, Avenue Wend, Genf.  
G.-C.

—o—



Zu unserem Artikel „Kongo-Greuel“.

zeit photographische Aufnahmen von verstümmelten Eingeborenen zu machen, und wir geben hier zwei dieser Momentbilder, die den Wert von Urkunden ersten Ranges besitzen, wieder. Das erste stellt einen Eingeborenen namens Isekausu dar, der von den schwarzen Schildwachen verstümmelt wurde, weil er zu wenig Kautschuk herbeigetragen hat, und das zweite zeigt ein armes Kind, dessen rechte Hand abgeschnitten wurde, weil — sein Vater nicht die geforderte Quantität geliefert hatte. Die unvergleichliche Zeugenaussage von Herrn und Frau Harris verursachte einen tiefen Eindruck, als sie bei ihrer Rückkehr aus dem Kongo (1905) in England, in den Vereinigten Staaten und in Frankreich Vorträge hielten. Diese Vortrags-Rundreise trug zum sehr grossen Teil dazu bei, dass der Freistaat Kongo an Belgien überging und die Abscheulichkeiten aufhörten. Aber ihre Rückkehr nach dem Kongo wurde durch diesen Feldzug vereitelt, in dem sie mit Herrn E. D. Morel Hand in Hand kämpften. Von dieser Zeit an widmeten sie ihre Kräfte der Gesellschaft zur Abschaffung der Sklaverei und zum Schutze der Eingeborenen, die ihren Sitz in London hat, und unter dem Schutze dieser edlen Genossenschaft haben sie kürzlich (1911 bis 1912) eine zwölfmonatliche Reise ausgeführt zum

#### Pazifistische Rundschau.

Am 30. Mai, mittags 12½ Uhr, wurde in London von den Abgesandten der Türkei und den verbündeten Balkanstaaten der Friedensvertrag unterzeichnet. Ein Vorfrieden bloss, wird man vielleicht skeptisch sagen. Allein, da er in der Hauptsache das Werk Europas, richtiger der europäischen Grossmächte, ist, und unter deren Druck zustande kam, so dürfte er einem *definitiven* Frieden gleichbedeutend sein. Der tatsächlich längst beendigte Krieg zwischen der *Türkei* und den Balkanstaaten hat mit dem Londoner Friedensvertrag noch seinen *formellen* Abschluss gefunden. Der Krieg zwischen der *Türkei* und den Balkanstaaten, müssen wir betonen, denn beinahe hat es den Anschein, als ob es noch ein blutiges Ringen um die Beute gäbe, und damit das Wort wieder einmal Bestätigung fände: «Wer das Schwert ergreift, wird durch das Schwert umkommen.»

\* \* \*

Wir wollen's nicht hoffen, und wenn auch blutige Zusammenstösse zwischen den Verbündeten vorgekommen sind, so besteht dennoch die Möglichkeit gütlicher Beilegung der Streitigkeiten, namentlich durch Ver-

mittlung der Grossmächte. Diese — Russland vor allem — haben die friedliche Lösung des *bulgarisch-rumänischen* Konfliktes herbeizuführen vermocht, sie haben den *Vorfrieden* zustande gebracht, sollten sie somit nicht auch die Einigung der Verbündeten über die Verteilung der eroberten Gebiete bewerkstelligen können!

\* \* \*

Alles hängt natürlich von Bulgarien und dessen ehrgeizigem Zar und seiner Regierung ab. Jedoch, wie wir bereits früher einmal antönten, ist die Stellung dieses Machthabers keine derart sichere, dass er es wagen dürfte, sein Volk nochmals in einen Krieg zu stürzen. Wie erbittert man über die Blut- und Eisenpolitik des Monarchen und seiner Helfershelfer in Bulgarien ist, mag folgende Zeitungsmeldung aus Philippopol dartun. Darnachrotteten sich am 18. Mai vor dem Platzkommando *einige Hundert Frauen aus allen* Volksschichten zu einer grossen Demonstration zusammen. Alle hielten *kleine Kinder* auf den Armen, während kleinere und grössere Kinder sich an den Händen und Röcken ihrer Mütter festhielten. Acht Frauen begaben sich zu dem Platzkommandanten General Stoiloff. Sie erklärten dem General kategorisch, *sie hätten genug von dem achtmonatigen Elend; ihre Kinder hätten nicht genug zu essen; es sei niemand da, der die Arbeit in Garten und Feld verrichten könne, sie wollten keinen Krieg mit Griechenland und Serbien, sondern ihre Männer nieder*. Der General ging natürlich auf die Begehren der armen Frauen nicht ein, und darauf schleuderten diese einen wahren Hagel von Steinen gegen das Gebäude des Platzkommandos und drohten, den General zu töten. Da liess dieser edle Herr *ein ganzes Regiment* Soldaten herkommen, die mit *dem Bajonett* die Frauen auseinandertreiben mussten. Eine Regierung, die gegen Frauen, die ihre Männer und Frieden verlangen, mit Bajonett und Kolben vorgehen lässt, verdiente, auf die nämliche Weise behandelt zu werden! — So also sieht's im siegreichen Bulgarien aus! Ob das kriegsmüde Volk sich und sein Blut und Gut abermals der selbstsüchtigen Kriegspolitik der paar Machthaber zum Opfer zu bringen geneigt ist, wird eine andere Frage sein!

\* \* . \*

Während vom Balkan nichts weniger als erfreuliche Berichte eintreffen, so ist eine Nachricht aus Amerika umso begrüssenswerter. Darnach hätten dem *Vorschlag* der nordamerikanischen Regierung *betr. die Schlichtung internationaler Streitigkeiten* bereits *acht Länder zugestimmt*, nämlich *England, Italien, Frankreich, Russland, Schweden, Norwegen, Brasilien und Peru*. Kein Land habe eine ungünstige Erklärung abgegeben, während mehrere einen Aufschub für die Erteilung der Antwort nachgesucht haben. Bekanntlich hat am 11. Mai auch die deutsch-französische Parlamentarierkonferenz zu Bern dem amerikanischen Vorschlag zugestimmt, so dass man vielleicht die Hoffnung hegen darf, auch das *Deutsche Reich* werde sich nicht ablehnend verhalten. Die Annahme der Anregung würde in der Tat einen gewaltigen Fortschritt bedeuten. Denn Präsident Wilson resp. Staatssekretär Bryan wünschen, kurz gesagt, mit jeder Nation einen Vertrag abzuschliessen, wonach bei *jedem* Streitfall, auch wenn er nicht einem Schiedsgerichte unterbreitet werden kann, eine zum voraus bestellte Kommission die Pflicht und das Recht hätte, nach dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen von sich aus eine Untersuchung einzuleiten und binnen sechs Monaten oder spätestens einem

Jahre darüber Bericht zu erstatten. Der Vorschlag beruht ohne Zweifel auf einer durchaus richtigen Ueberlegung. Durch diese obligatorische Untersuchung würde die Anwendung von Waffengewalt, d. h. der Krieg, um Wochen, ja Monate hinausgeschoben, und damit zugleich wohl in der Mehrzahl der Fälle überhaupt vermieden. Wenn wir uns daran erinnern, wie bei der Doggerbankaffaire die internationale Untersuchungskommission einen Krieg zwischen England und Russland verhindern konnte, da während der langen Untersuchungsverhandlungen die überaus gereizte und kriegerische Stimmung der englischen Bevölkerung sich völlig legte, so vermögen wir ungefähr die Bedeutung des amerikanischen Vorschlages zu ermessen. Seine Verwirklichung wäre ein weiterer, glänzender Sieg der Friedensidee!

\* \* \*

Ein ebensolcher Sieg wird uns aus dem Nachbarlande der Vereinigten Staaten, aus *Kanada*, gemeldet. Bekanntlich sollte dieser Teil des britischen Weltreichs nunmehr auch mit den Segnungen des Militarismus beglückt werden. Eine gewaltige Summe für den Bau einer Schachtflotte wurde vom Parlamente gefordert. Wie unsere Leser indes wissen, hat sich die Mehrheit des kanadischen Volkes gegen diese Forderungen in zahllosen Versammlungen gewendet. Und nun kommt aus Ottawa die Nachricht, dass der *Senat* mit 51 gegen 27 Stimmen die *Marineforderung*, die auf den Bau von 3 Dreadnoughts ging, *abgelehnt* habe. Damit ist den Rüstungsschwärmern der «Glust» wohl für diesmal verleidet worden. Wenn's ihnen anderwärts nur auch so erginge!

K. W. Sch.

—o—

#### Der Kronprinz über „Deutschland in Waffen“.

In dem Bilderwerk „Deutschland in Waffen“, das von der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart zum Preise von 5 Mark soeben ausgegeben wird und das das deutsche Heer und die deutsche Flotte in Bild und Wort anschaulich vorführt, wendet sich ein besonderes Interesse dem „Wort zum Geleit“ zu, das der deutsche Kronprinz dafür geschrieben hat. In knappen Umrissen schildert er Deutschlands Lage in der Gegenwart und sagt:

„Wir leben freilich heutzutage in einer Zeit, die mit besonderer Genugtuung die stolze Höhe ihrer Kultur betont, die nur zu gern sich ihres internationalen Weltbürgertums röhmt und sich in schwärmerischen Träumen von der Möglichkeit eines ewigen Weltfriedens gefällt. Diese Lebensaufassung ist un-deutsch und steht uns nicht an.“

„Mögen wir den Komfort und Luxus, den wir als Kinder unserer in der Technik so fortgeschrittenen, an praktischen Erfindungen so reichen Zeit geniesen, als angenehme Beigabe betrachten, die an sich keine selbständige Berechtigung hat. Als ein Ueberflüssiges, das wir lachend in die Ecke werfen in dem Augenblick, wenn der Kaiser uns ruft und wenn wir die Hände frei haben müssen für das Schwert.“ Gerade die Erlebnisse der jüngsten Zeit hätten gezeigt, dass die Sympathien der Kulturvölker „mit dem forsch und tapfer kämpfenden Heere“ gehen, und wenn auch diplomatische Geschicklichkeit die Konflikte hinhalten könnte, so werde bis zum Untergang der Welt doch immer das Schwert der ausschlaggebende Faktor bleiben.

Soviel aus dem Geleitwort des Kronprinzen. In seinem sachlichen Beitrag zu dem Werk schliesst er seine Schilderung einer Kavallerie-Attacke folgendermassen: „Wer solche Attacke mitgeritten hat, für